Schon in den ersten Tagen ihrer Tätigkeit beschloss die Pariser Kommune Dinge, die der Kapitalismus in über hundert Jahren nicht fertiggebracht hatte – und einiges bis heute nicht fertig gebracht hat. So wurde der Erlass von nicht gezahlten Mieten beschlossen und die Rückgabe von verpfändeten Gegenständen. Auch wurden die Frauen den Männern erstmalig gleich gestellt, sie erhielten das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn. Uneheliche Kinder wurden ehelichen rechtlich gleich gestellt.

...und sein blutiges Ende

Die französischen Monarchisten und Großunternehmer aber fürchteten die Kommune mit vollem Recht. Es drohte die Ausbreitung auf andere große Städte Frankreichs.

Die konservative Zentralregierung, die sich nach der Revolution bezeichnenderweise in den Sitz der französischen Könige, das Schloss Versailles, zurückgezogen hatte, überzog die Kommune mit Lügen und Verleumdungen.

Sie erreichte beim preußischen Kanzler Bismarck, dass dieser in wenigen Tagen über hunderttausend Kriegsgefangene freiließ, um die eigentlich auf 40.000 Mann begrenzte französische Armee wieder aufzustocken und die verhasste Kommune damit auszulöschen.

Ab Ende April wurde die Stadt beständig mit Artillerie beschossen. Am 21. Mai drangen die konterrevolutionären Truppen in die Stadt ein und ein zäher Häuserkampf begann.

Es dauerte eine Woche bis der Widerstand der Kommunard:innen gebrochen war. Auch Frauen kämpften auf den Barrikaden für die gerade erst gewonnene Freiheit. Dann aber – am Ende der blutigen Maiwoche – nahm die französische Konterrevolution grausam Rache. In Massenhinrichtungen wurden Zehntausende Menschen ermordet.

Die Pariser Kommune hat gezeigt, dass die Herrschenden der Welt – ihre Streitigkeiten beiseite legen können - wenn sie ihre Macht bedroht sehen. Aber sie hat uns auch die Klarheit hinterlassen, dass eine andere Welt möglich ist. Verewigt wurde ihr Erbe auch in der weltweit bekannten Hymne der Arbeiter:innenbewegung „Die Internationale“, ihr Text wurde von einem der Kommunarden auf seiner Flucht ins Exil geschrieben.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

Bilder 1-2: Pixabay.de - CC0
Bild 3: Gemeinfrei

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 48 | März 2021 www.perspektive-online.net

Sorgearbeit in Pandemie und Krise

– Von Olga Wolf –

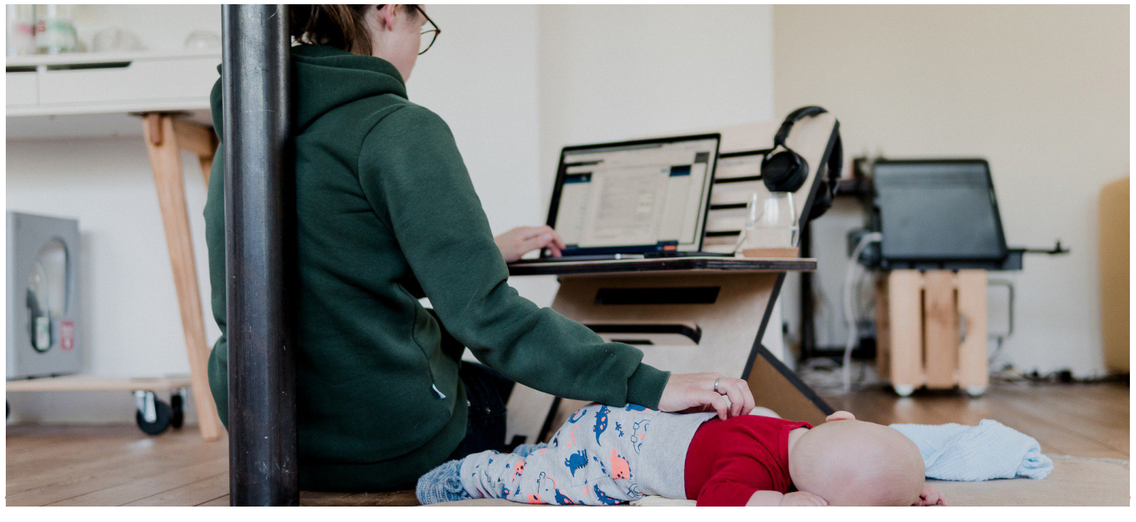
Kurzarbeit, gekündigte Minijobs, ruinierte Kleinstselbstständigkeiten, Home-Office und Kinderbetreuung gleichzeitig - Frauen gehören zu den Verliererinnen der Pandemie, besonders, wenn sie für Kinder sorgen.

In den letzten Jahren war unser Ziel oft: : Mehrfachbelastung sichtbar machen. Klar machen, dass die meisten Frauen nicht vor Arbeitsbeginn frei und nicht nach Arbeitsschluss Feierabend haben. Sie machen Sorgearbeit, unbezahlt und unbeachtet. Nun machen Mütter diese Sorgearbeit nicht mehr nur vor und nach, sondern auch während der Lohnarbeit, im Home-Office. Ein Urteil der Bundesregierung macht das möglich, die Kinderbetreuung sei nämlich wunderbar auch neben der Lohnarbeit von zu Hause zu leisten.

Aber die Notbetreuungen!

Es gibt Notbetreuungen und die werden auch genutzt. In manchen Bundesländern gibt es sogar wieder (eingeschränkten) Regelbetrieb. Das geht aktuell vor allem zulasten der Erzieher:innen und Lehrer:innen - wiederum oft Frauen in prekären Berufen. Sie zählen zur Berufsgruppe mit dem höchsten Ansteckungsrisiko, dass Kinder Masken tragen und Abstandsregeln so einhalten, dass sie schützen, ist mit der Arbeit schlicht unvereinbar.

Was bräuchte es, um diese wichtige Arbeit pandemie-gerecht zu gestalten?



Luftfilteranlagen überall da, wo Kinder betreut werden und Personal, das ganz vorn dabei ist bei der Impfstrategie. Doch die Bedürfnisse von Kindern und Eltern werden nicht ernstgenommen, das gesellschaftliche Bedürfnis der Kinderversorgung wird auf die Schultern jeder einzelnen Mutter abgewälzt.

Wer hat ein Recht auf Notbetreuung?

Wer Kinder in die Notbetreuung geben darf, das entscheiden de facto die Einrichtungen. Wer nach der öffentlichen Meinung einen Anspruch auf Kinderbetreuung hat, ist hingegen klar: Nur, wer hauptberuflich sowie ehrenamtlich 70 Stunden die Woche Leben rettet. Alle anderen hätten ja wohl Zeit für das bisschen Haushalt.

„Du hast ja selbst entschieden, ob du Kinder bekommst“, müssen viele Eltern sich anhören. Ich will nicht zynisch sein, aber auf das soziale Netz für junge Mütter hinzuweisen ist Standard in jeder Schwangerschaftskonfliktberatung.

Sowohl die freie Entscheidung für oder gegen Kinder, als auch der umfassende Support für Mütter sind Mythen - denn Abtreibungen sind nicht legal und Eltern aktuell mutterseelenallein mit der Mehrfachbelastung.

Das Kinder geboren, versorgt, geliebt und gebildet werden ist für die gesamte Gesellschaft wichtig. Trotzdem wird oft so getan, als wären alle daraus folgenden Hürden persönliche Probleme der Eltern, spezifischer der Mütter. Das ist Quatsch. Und deswegen haben selbstverständlich nicht nur die ein Recht auf Kinderbetreuung, die auf dem Arbeitsmarkt als besonders produktiv gelten - alle dürfen das brauchen.

Und „nach der Pandemie“?

Der Staat hat unter Diskussionen um das „Recht auf Home-Office“ die Vision gezeichnet, dass ein physisches Büro als Zentrum des Arbeitslebens der Vergangenheit angehört. Wie praktisch - kommt der Staat doch seit Jahren nicht hinterher, ausreichend Kitaplätze zur Verfügung zu stellen, die für die Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Lohnarbeit unabdingbar sind.

Der Vorschlag der Bundesregierung während der Pandemie war eine ganz neue Art der Vereinbarkeit: beides gleichzeitig, am gleichen Ort. Das hat schon nach wenigen Monaten katastrophale Auswirkungen auf viele Bereiche des familiären Lebens. Mütter sind ausgebrannt, Kinder unausgelastet, die Bedürfnisse aller Beteiligten kommen zu kurz und wer nicht sehr verständnisvolle Vorgesetzte hat, kommt auch am Arbeitsplatz in die Bredouille. Die Vorstöße der Bundesregierung in puncto Home-Office bergen die Gefahr, dass dieser Spuk nicht nach der Pandemie vorbei ist.

Wenn das passiert, hat das im Übrigen auch Folgen für die Frauen, die in ihrem Leben nie Kinder haben möchten und werden. Denn die zu erwartende Diskriminierung am Arbeitsmarkt findet pauschal statt, so wie auch heute schon die Anstellung von „gebährfähigen“ Menschen als unternehmerisches Risiko gilt – siehe die Massenentlassungen von jungen Müttern bei H&M.

Für Macker, Faschisten und Unternehmer ist das eine tolle Entwicklung, die viele geschlechterpolitische Erfolge der letzten Jahrzehnte gefährdet. Die mehrfache Ausbeutung durch Lohnarbeit und unbezahlte Sorgearbeit, die wir doch so dringend überwinden müssen, wird gefestigt. Für uns geht es also um richtig viel an diesem 8. März – Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die gewinnen!

Die Geschichte selbst in die Hand nehmen – 150 Jahre Revolution in Paris

– Von Paul Gerber –

Kommune. Bei vielen weckt das Wort Assoziationen mit langen Haaren, freier Liebe und Drogenkonsum. Doch vor 150 Jahren wurde in Paris eine ganz andere Kommune gegründet. Eine Kommune, die nicht nur das Leben in einer Wohnung verkollektivierte, sondern das gesellschaftliche Leben in der ganzen Stadt.

Die Pariser Kommune war der erste Versuch der Arbeiter:innenklasse eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu erkämpfen. Die Pariser:innen bildeten einen Rat, in dem sie ihre Angelegenheiten endlich selbst regeln wollten. Die Forderungen waren vielfältig und eine einheitliche politische Orientierung gab es nicht, ein paar Grundsätze aber teilten die Kommunard:innen.

Sie wollten die Monarchie loswerden, Kirche und Staat strikt trennen, Volksbewaffnung statt einem stehenden Heer und die Tausenden und Abertausenden französischen Beamten durch einfache Bedienstete der Gesellschaft ersetzen.

Die Kommune wurde am 18. März 1871 gegründet, dem Tag der 1923 zum Internationalen Tag der Politischen Gefangenen erklärt wurde. Sie entstand nicht von langer Hand geplant, auch wenn die Arbeiter:innen in Paris schon im Herbst 1870 ihre Gründung forderten.

Ein Frühling der Freiheit und Gleichheit...

Vielmehr war die Geburtsstunde der Pariser Kommune der Moment, in dem die konservative Regierung um Adolphe Thiers einen Schritt zu weit ging. Frankreich hatte den Krieg gegen Preußen verloren. Um Paris zu verteidigen, hatten sich große Teile der Bevölkerung in der Nationalgarde zusammengeschlossen. Diese nun wollte Thiers nun nach der französischen Kapitulation schnellstmöglich entwaffnen, waren doch die meisten Mitglieder der Nationalgarde Arbeiter, unter denen sich kommunistische und anarchistische Ideen schnell verbreiteten.

Die Kanonen, die sie zur Verteidigung ihrer Stadt nutzen wollten, wollten die Pariser:innen aber nicht widerstandslos abgeben und so strömten sie massenweise auf die Straßen um die Soldaten aufzuhalten. Am Ende wechselte die Einheit, die von Thiers beauftragt worden war, die Kanonen abzuholen, die Seiten und die Kommune war geboren.